

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 16.)  
bei C. J. Hirtz & Co.  
Breitengasse 9.  
in Gnesen bei H. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Breslau bei Emil Gabatly.

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. F. Haube & Co. —  
Jansenstein & Vogler, —  
Kudolph Wölfe.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Zentraldruck.“

# Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 74.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal  
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonnabend, 30. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

1875.

## Amtliches.

**Berlin, 29. Januar.** Der König hat den Kreisgerichts-Dir-  
rektor Goellner zu Bongrowitz in gleicher Eigenschaft an das Kreis-  
gericht in Göttingen versetzt. Dem Depotsal- und Gerichtskassen-  
Rendanten Krause zu Cammin bei seiner Versetzung in den Ruhestand den  
Charakter als Rechnungsrath; und dem Kreisger.-Sekretär Gentich  
zu Reiz bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als  
Kanzleirath verliehen.

Der Appell. Ger. Rath a. D. Ludwig v. Cuny ist zum außerord.  
Prof. in der juristischen Fakultät der F. Friedrich-Wilhelms-Universität  
hier selbst ernannt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Pest, 29. Januar.** Anlässlich der in der heutigen Sitzung des  
Unterhauses stattgehabten Budgetberatung wurde von Sennyei  
ein förmliches Programm von durchgreifenden in der inneren Landes-  
verwaltung einführenden Reformen aufgestellt. Der Redner hob  
besonders hervor, daß bei diesen Reformen sowohl an dem Ausgleich  
wie an dem Parlamentarismus festgehalten und auf möglichste Zufrie-  
denstellung der verschiedenen Nationalitäten Rücksicht genommen werde.

**St. Gallen, 29. Januar.** Da die Geistlichkeit sich dem  
Beschlusse, die Lehre von dem Unfehlbarkeitsdogma sammt dem Sylla-  
bus aus dem Religionsunterricht zu verbannen, nicht gefügt hat, so  
hat der hiesige katholische Schulrath beschloffen, den sogenannten Fa-  
kenunterricht den Lehrern zu übertragen. Falls die Pfarrgeistlichen den  
Kindern, welche diesen Unterricht genießen, Beichte und Kommunion  
verweigern sollten, soll ein christkatholischer Geistlicher zu diesem Zwecke  
einenrufen werden.

**Madrid, 29. Januar.** Der neu ernannte Gesandte für Berlin,  
Merry, wird sich sofort auf seinen dortigen Posten begeben. Der Ver-  
treter Spaniens bei der Kurie, Benavides, hat gleichfalls seine Abreise  
nach Rom bereits festgesetzt. Coello gilt für den Gesandtschaftsposten  
in London oder Wien designirt.

**Petersburg, 29. Januar.** Die Spezialkommission zur Ansbear-  
beitung einer Arbeiter- und Dienstabordnetenordnung ist heute unter  
dem Vorsitz des Domänenministers Baloujew zusammengetreten. —  
Die große Eisenbahnbrücke über den Don auf der kaukasischen  
Bahn ist dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. — Zur Ausbeu-  
lung der reichen Lager von verschiedenen Erzen, die neuerdings in  
den Gouvernements von Cherson und Ekaterinoslaw ermittelt worden  
sind, hat sich, dem Vernehmen nach, eine Aktiengesellschaft gebildet.

**Belgrad, 29. Januar.** In der heutigen Sitzung der Skup-  
schina wurde von dem Kriegsminister eine Vorlage eingebracht, durch  
welche der Dienst in dem stehenden Heere von 3 auf 2 Jahre herab-  
gesetzt wird. Der Fürst Milan hat den früheren Ministerpräsidenten  
Mariowits mit seiner Vertretung in der Skupschina beauftragt.

## Deutscher Reichstag.

56. Sitzung.

**Berlin, 29. Januar.** 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes  
Delbrück u. A.

Zunächst steht der vom Abg. Stenglein eingebrachte Geset-  
z-Entwurf, betreffend die Umänderung von Aktien in Reichs-  
währung in der Fassung, die ihm die Kommission gegeben hat, zur  
zweiten Verabreichung. Es handelt sich dabei vorzugsweise um die im  
Süddeutschen Gulden ausgegebenen Aktien, die nach Einführung der  
Markrechnung der Buchführung und der Berechnung der Dividenden  
durch die gebrochenen Zahlen, welche die Umrechnung ergibt, große  
Schwierigkeiten bereiten würden. Da nun Artikel 207a des Handels-  
gesetzbuches sowohl die Verminderung als die Erhöhung des No-  
minalbetrages der Aktien oder Aktienanteile während des Bestehens  
der Gesellschaft untersagt, so bedarf es zu einer in runden Zahlen  
ausgedrückten Ausfertigung des Aktienbetrages, wie sie das Geset-  
zgebuch verlangt, eines besonderen Gesetzes, welches die Kommission in  
folgender Gestalt vorschlägt:

§ 1. Die Bestimmung des Art. 207a des Handelsgesetzbuches Absatz  
3 findet keine Anwendung wenn der Nominalbetrag von Aktien,  
welcher nicht auf Thaler Courant oder Reichsmarkung lautet und  
nicht in eine mit fünfzig theilbare Summe der Reichsmarkung umge-  
rechnet werden kann, auf den zunächst entsprechenden, durch fünfzig  
theilbaren Betrag von Reichsmarkung erhöht oder vermindert wird.

§ 2. Eine Umwandlung nach Maßgabe der Bestimmungen dieses  
Gesetzes ist nur statthaft, wenn diese Umwandlung vor dem 1. Januar  
1877 beschlossen und zum Handelsregister angemeldet worden ist.

Der Referent Abg. Wolffson erläutert diesen Vorschlag, während  
Abg. Noemmer (Württemberg), der von der Anschauung ausgeht, daß  
der Artikel 207a. des Handelsgesetzbuches nur die fictive Erhöhung  
oder Verminderung der Aktienbeträge verbietet, folgendes Gesetz, be-  
treffend die Feststellung des Sinnes jenes Artikels be-  
auftragt:

Eine Verminderung sowie eine Erhöhung des Nominalbetrages  
der Aktien und der Aktienanteile ist zulässig, sofern bei der Ver-  
minderung und bei der Erhöhung die Vorschriften der Art. 248 be-  
ziehungsweise Art. 219 verbunden mit Art. 217 des Allgemeinen deut-  
schen Handelsgesetzbuches beobachtet werden.

Art. 207a des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches steht der  
Vornahme einer Verminderung sowie einer Erhöhung des Nominal-  
betrages der Aktien und der Aktienanteile unter Beobachtung der an-  
geführten Artikel 248, 219, 217 nicht entgegen.

Abg. Bantz will von den beiden Gesetzesvorschlägen überhaupt  
nichts wissen und hofft, daß es nicht an Einpruch gegen die Abkürzung  
der Frist zwischen der zweiten und dritten Verabreichung fehlen wird, um  
das Zustandekommen eines unnützen, ja schädlichen Gesetzes und das  
fortgesetzte Dreschen von leerem Stroh zu verhindern. Ohne auf ju-  
ristische Feinheiten einzugehen, ist doch so viel klar, daß der Antrag  
Noemmer mit seiner an sich richtigen Auffassung des Art. 207a geradezu  
in Widerspruch steht. Das Gesetz ist unnütz, weil der Handel sich über  
Schwierigkeiten, wie die zur Sprache gebrachten, mit Leichtigkeit  
fortgesetzt und ohne Mühe mit Rubeln, Dollars und anderen unbe-

quemen Währungen zu rechnen versteht. Allerdings erwächst den Aktien-  
gesellschaften aus den im Guldenlauf ausgegebenen Aktien eine mü-  
hsame Umrechnung, aber diese Unbequemlichkeit zu beseitigen, ist ihre  
Sache, dazu braucht man aber nicht gleich die Reichsgesetzgebung in  
Verlegung zu setzen. Auch daß ein Untergerichte in dieser Beziehung  
auf Grund einer Anschauung, die der Redner für eine irrige hält,  
Schwierigkeiten gemacht haben, ist noch kein Grund, ein Reichsgesetz  
zu erlassen; anders läge die Sache, wenn das Oberhandelsgericht den  
Erlaß eines solchen durch seine Entscheidung notwendig machen sollte.  
Aber man muß doch nicht jedesmal ein Reichsgesetz machen, um sich  
mit der Entscheidung eines Untergerichtes in Einflang zu setzen. Wir  
machen ja überhaupt schon viel zu viel Reichsgesetze, man findet sich  
ja kaum mehr heraus.

Nach einer Replik des Berichtersatter wird der Antrag Noemmer  
einstimmig abgelehnt und der der Kommission gegen eine sehr starke  
Minorität angenommen. Fast alle süddeutschen Abgeordneten  
stimmen für denselben.

Hierauf schließt sich die dritte Verabreichung des vom Abgeordneten  
Buhl vorgeschlagenen Gesetzes Entwurfs, betreffend Maßregeln gegen  
die Reblauskrankheit.

Der § 1, der den Reichskanzler ermächtigt, Ermittlungen inner-  
halb des Weinbaugesbietes der einzelnen Bundesstaaten über das  
Ausbreiten der Reblaus anzustellen und Untersuchungen über Mittel  
zur Vertilgung des Insekts anzuordnen, wird ohne Debatte ge-  
nehmigt.

§ 2 lautet: Die von dem Reichskanzler mit diesen Ermittlungen inner-  
halb des Weinbaugesbietes der einzelnen Bundesstaaten über das  
Ausbreiten der Reblaus anzustellen und Untersuchungen über Mittel  
zur Vertilgung des Insekts anzuordnen, wird ohne Debatte ge-  
nehmigt.

Abg. Reichensperger (Gresfeld) beantragt folgenden Zusatz zu  
§ 2: „Die vorkommenden Organe sind möglichst aus den ein-  
zelnen weinbaureichsten Gemeinden zu entnehmen. Zu den durch die-  
selben anzuordnenden Operationen müssen die etwa in den Gemeinden  
zum Zwecke der Regelung des Weinbau-Betriebes bestehenden Kommissio-  
nen zugezogen werden.“

Abg. Reichensperger (Gresfeld): Wegen meiner Opposition  
gegen den Buhlschen Antrag bin ich in gewissen Blättern, die nicht  
von meiner Farbe sind, bei den Wintern als ein Mann denunziert  
worden, dem das Wohl und Wehe der Weinbau treibenden deutschen  
Bevölkerung nicht am Herzen liegt, und der den so verderblichen In-  
sekten freien Lauf lassen will. Aber auch ich bin durchaus dafür, daß  
Vorfahrungen getroffen werden, um jener Katastrophe möglichst sorgsam  
und gründlich zu begegnen; und daß vom Mittelpunkt des Reiches  
aus zu diesem Zwecke Anordnungen ergangen, daß dann Studien gemacht  
und Belehrungen gesammelt werden sollen. Nur dem Verlangen bin  
ich entgegengetreten, daß auch die einzelnen thätlichen Operationen  
vom Reich aus angeordnet, geleitet und durchgeführt werden sollen,  
weil es nicht bloß ein arger Verstoß gegen die durch die Reichsver-  
fassung den Reichsbehörden gewährte Kompetenz, sondern daß es auch  
viel zweckmäßiger und sachverständiger sein würde, wenn von den  
einzelnen Landesregierungen aus diese Operationen angeordnet würden.  
Praktisch kann dem Uebel nur am Orte selbst und von denjenigen ent-  
gegengetreten werden, die fortwährend mit dem Weinbau sich befassen  
und ihn bewachen. Das ist der wesentliche Zweck meines Antrages.  
Gewiß hat man in den Weinbau treibenden Gegenden vor den Or-  
ganen des Reiches allen Respekt; aber wenn von fernher Personen  
kommen sollten, um die Winger am Rhein und an der Mosel etwa an-  
zuleiten, wie sie ihre Stöcke behandeln und der Katastrophe entgegen-  
wirken sollen, wenn sie gar direkte Untersuchungen an Ort und Stelle  
vornehmen wollten, so würde die ungeheure Mehrzahl der Winger sie  
einfach auslachen, selbst wenn Geheime Kommerzienräthe mit  
dieser Untersuchung beauftragt sein sollten. Bei der Vernichtung  
eines dem Weinbau schädlichen Insektes kommt es auf die allerer-  
scheidensten Faktoren, Boden, Art der Trauben, Klima u. an. Nur  
die tägliche Beobachtung kann dazu führen, sichere Momente  
der Krankheit herauszufinden und geeignete Mittel zu ihrer Vernich-  
tung zu finden. Und nun denken Sie sich, daß die von Ihnen er-  
nannte Kommission durch die Weinberge spaziert, die einzelnen Stöcke  
herauszieht und untersucht: meinen Sie wirklich, damit dem Uebel  
auf den Grund zu kommen oder es in der Weise zu bekämpfen, wie  
der Interessent selbst, der tagtäglich mit dem Weinbau und mit der  
Behandlung der Stöcke zu thun und die genaueste Detailkenntnis hat.  
So wie die Leute das Uebel merken, werden sie selbst eingreifen; denn  
es ist ja ihr Vermögen, ihr Eigentum, um das es sich handelt.  
Definitive Belehrung und Aufklärung durch Flugblätter, Instruk-  
tionen und Erlasse an die Behörden ist das allein Zweckmäßige, was  
Seitens der Reichsbehörde in dieser Sache geschehen kann; aber ein  
thätliches Eingreifen von ihrer Seite ist auf das Dringendste zu  
widerathen. Ich bin überzeugt, daß die Winger, die Bauern, die in  
solchen Dingen keinen Spatz verstehen, namentlich wenn es sich um  
Eindringen in das Eigentum handelt, den Kommissaren einen nicht  
weniger als angenehmen und erfreulichen Empfang bereiten werden,  
dem ich sie nicht aussetzen möchte. Es bestehen ja schon in allen wein-  
baureichenden Gemeinden Kommissionen, die zu prüfen und zu be-  
schließen haben, welche Weinberge zu schließen seien, wann die Wein-  
lese sein solle u. s. w. Möge man diese Leute, die auf ihrem Gebiet  
ausgezeichnet orientirt sind, informieren und ihnen die notwendigen  
Aufklärungen und Belehrungen geben, die praktischen Eingriffe aber  
den Interessenten selbst überlassen; dann wird man das Richtige ge-  
troffen und gethan haben, was in dieser Sache möglich ist.

Abg. Buhl: Ich muß auf das Entschiedenste Widerspruch dagegen  
erheben, daß man, wie es der Vorredner gethan, den weinbaureichenden  
Gemeinden unteren Antrag und die Bestimmungen dieses Gesetzes  
als eine flagranten Eingriff in das Eigentum darstellt. Die Verant-  
wortlichkeit für ein solches Vorgehen, welches geradezu provokiren muß,  
die Mitglieder der Kommission, wenn sie ihr Amt ausüben, schlecht zu  
behandeln, ist eine außerordentlich große. Ich bin überzeugt, daß die  
zu wählende Kommission die einzig richtige Instanz ist, diese Frage zu  
behandeln. Es gehört eine außerordentliche, in den meisten Fällen ganz  
spezielle Wissenschaftkenntnis dazu, um die Krankheit überhaupt nur  
sicher konstatiren zu können; denn es leben an der Wurzel der Wein-  
stöcke zahlreiche Insekten, von denen einzelne, wie neuere Untersuchun-  
gen in Frankreich gezeigt haben, der Reblaus sehr ähnlich sehen, aber  
völlig unschädlich sind. Die Kommission wird keineswegs, wie hier  
spöttisch dargestellt wurde, aus Kommerzienräthen bestehen; sondern  
neben sachverständigen Praktikern im Weinbau, die in der betreffenden  
Gegend bekannt und angesehen sind, werden Männer der Wissenschaft  
und Spezialgelehrte von Ruf die Mitglieder derselben sein. Der An-  
trag Reichensperger ist ganz unannehmbar und ich bitte das Haus  
dringend ihn abzulehnen.

Das Amendement wird abgelehnt und § 2 angenommen. Desglei-  
chen § 3: „Die durch die Ausführung dieses Gesetzes erwachsenden  
Kosten einschließlich der nöthigenfalls im Rechtswege festzustellenden  
Ersatzleistungen für etwa zugefügte Schäden werden aus Reichsmitteln  
bestritten.“

Schließlich wird das ganze Gesetz in dritter Lesung definitiv ge-  
nehmigt.

Es folgt nunmehr die Verabreichung des Antrages des Abg. Dr. Tell-  
kamp: den Reichskanzler aufzufordern, in Gemäßheit des Art. 4 Nr.  
13 der Reichsverfassung, den Entwurf eines Gefängnisgesetzes,  
betreffend die zu regelnde Strafvollstreckung und die Reform des  
Gefängniswesens, dem Reichstage baldmöglichst vorlegen zu lassen.

Abg. Dr. Tellkamp: Da in Ausführung des Art. 4 Nr. 13  
der Reichsverfassung das deutsche Strafvollstreckungsgesetz erlassen ist und der  
Entwurf der deutschen Prozordnung bereits der Kommission des  
Reichstages überwiesen ist, so erscheint es nun zeitgemäß, auch den  
Entwurf eines den Strafvollzug regelnden Gefängnisgesetzes, als mit  
diesen Gesetzen in untrennbarem Zusammenhang stehend, auszuarbeiten  
und vorlegen zu lassen. Denn da in der neueren Zeit Gefängnisstrafen  
an die Stelle der meisten früheren härteren Strafen getreten sind, so  
haben die Gefängnisstrafen eine so vorwaltende Bedeutung gewonnen, daß  
notwendiger Weise die allgemeinen Grundsätze über die Anwendung  
derselben, über das anzuwendende Gefängnisstrafensystem und demgemäß  
über die Reform des Gefängniswesens gesetzlich festgestellt werden  
müssen, damit, der Gerechtigkeit entsprechend, Gleichmäßigkeit und Be-  
stimmtheit in der Vollstreckung der Gefängnisstrafen in dem ganzen  
Reiche herrschen möge. Gegenwärtig ist das Gefängniswesen in den  
verschiedenen deutschen Staaten sehr mangelhaft und ungleichartig und  
kein einheitliches Gefängnisstrafensystem ist durchgeführt. Es ist ungreif-  
lich, wie man bei fast allen Strafvollstreckungen vor der Frage der  
Regelung des Strafvollzuges hat stehen bleiben können. Ueberall re-  
chnen die Gesetzgeber mit den unbekannten Größen Haft, Gefängnis,  
Zuchthaus, aber, was Gefängnis oder Zuchthaus sei, sagen sie nicht.  
Daher ist die gesetzliche Regelung der wesentlichen Momente des  
Strafvollzuges ein dringendes Bedürfnis. Das Strafvollstreckungs-  
und das Strafsverfahren haben nur einen unvollkommenen Werth, wenn  
nicht gleichzeitig ein Gefängnisgesetz erlassen wird. Wie der Richter  
nach dem Gesetze sein Urtheil fällen muß, so ist auch die Verwaltung  
verpflichtet, nach dem Gesetze gleichmäßig im ganzen Reiche die Stra-  
fen zu vollziehen. So lange dies nicht der Fall ist, kann von einer  
gerechten Strafvollstreckung nicht die Rede sein und so lange bleibt  
das Strafvollstreckungsgesetz ohne entsprechende Wirkung. Zur völligen Ver-  
wirklichung einer gerechten Strafsanktion gehört daher die Gesetzgebung  
und die Aufsicht über die Gefängnisse. In diesem Sinne hat sich auch  
schon der norddeutsche Reichstag und die Hauptversammlung der Ge-  
fängnisbeamten, welche im Herbst vorigen Jahres in Berlin tagte,  
ausgesprochen.

Abg. Schwarze: Allerdings ist eine einheitliche Regelung des  
Gefängniswesens wünschenswerth. Da fast in jedem Gefängnisse je  
nach den Ansichten der Beamten eine andere Methode angewendet  
wird; aber ein gewisses diskretionäres Ermessen des Direktors einer  
Strafanstalt wird nicht zu entbehren und durch kein Gesetz zu ersetzen  
sein. Die Strafe darf ihren Zweck, das Verbrechen zu sühnen und  
die Achtung vor dem Gesetze zu erzwingen, nicht verfehlen, deshalb  
darf die Strafe nicht durch unnütze Mühe ihrer Vollstreckung wieder  
abgeschwächt werden. Der Redner bittet um Ablehnung des Antrages,  
der ein, auch vom Abg. v. Soverbeck nicht gern geheimer wohlwollen-  
der Antrag sei; man würde in der Justizkommission bei Verabreichung  
der Strafprozessordnung Gelegenheit haben, auf das Gefängnis-  
wesen zu kommen, und die Regierungen würden dann vielleicht nach  
den dort stattgehabten Beratungen ein Gesetz auszuarbeiten Anlaß  
nehmen.

Abg. Eberth befürwortet den Antrag des Dr. Tellkamp, der  
dem schon lange empfundenen Bedürfnisse, das Gefängniswesen ein-  
heitlich zu ordnen, entspreche; denn Deutschland sei in dieser Beziehung  
zu hinter allen anderen Staaten zurückgeblieben, daß nicht einmal  
in den Einzelstaaten eine gleichmäßige Regelung des Gefängniswesens  
erfolgt sei.

Abg. Lasker: Der Antrag ist durchaus kein sog. Wohlwollen-  
der, sondern nur eine dringende Aufforderung an die Regierungen,  
der Frage des Gefängniswesens näher zu treten. Ich kann damit  
völlig einverstanden sein, daß wir in der Justizkommission bei Gele-  
genheit des Kapitels der Strafvollstreckung in das Gesetz genaue und  
prägnante Bestimmungen darüber aufnehmen; darin bin ich aber an-  
derer Meinung, daß die Regierungen so lange warten sollten, bis die  
Justizkommission ihre Arbeiten vollendet hat; ich hoffe im Gegentheil,  
die Regierungen werden sich möglichst beeilen, damit wir in der Ju-  
stizkommission von den Kommissaren schon Auskunft über diese Ar-  
beiten erhalten und in der nächsten Session den betreffenden Gesetzent-  
wurf hier beraten können.

Der Antrag des Abg. Dr. Tellkamp wird hierauf ange-  
nommen.

Am Anschließ daran wird die Petition des zur Zeit im Gefängnis  
am Blößensee befindlichen Abg. Most diskutiert, I. auf das 3. Han-  
delsgesetz, durch welches die Behandlung politischer Gefan-  
genener in zeitgemäßer Weise geregelt werde, baldmöglichst hinzu-  
arbeiten; II. den Reichskanzler aufzufordern, die preussische Regierung zu  
veranlassen, die geeigneten Schritte zu thun, daß Petent im Straf-  
gefängnis am Blößensee, wo er gegenwärtig politischer Vergehen halber  
internirt sei, eine solche Behandlung erleide, wie sie politischen Gefan-  
genen gebühre, nämlich, daß er nicht, wie bisher geschehen, zu Zwangs-  
arbeit angehalten, zum Genuß der Gefängnisloft genöthigt und in der  
freien Wahl seiner Lektüre beeinträchtigt werde, vielmehr das Recht  
der Selbstbestimmung und der literarischen Beschäftigung zugestanden  
bekomme.

Die Petitionskommission hat diese Petition sehr eingehend be-  
rathen und beantragt sie dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu  
überweisen, dahin zu wirken, daß in denjenigen Bundesstaaten, in wel-  
chen die Strafvollstreckung bislang nicht durch Gesetz geregelt ist, ins-  
besondere im Königreich Preußen, von den Bundesregierungen schlen-  
dignist der Strafvollzug und das Gefängniswesen in einer Weise geord-  
net wird, daß dadurch der Vollzug der Strafen, namentlich der Ge-  
fängnisstrafen, im Sinn des Strafvollstreckungsgesetzes, insbesondere des § 16  
desselben, sichergestellt wird; den Herrn Reichskanzler ferner zu er-  
suchen, bei der preussischen Regierung dahin zu wirken, daß die §§ 23  
der Instruktion vom 24. Oktober 1837, der Justizministerialerlaß vom  
24. November 1851 (§ 5 c) und § 37 der Hausordnung für das Straf-  
gefängnis bei Berlin als mit dem § 16 Al. 2 des Str. G. B. in Wi-  
derspruch stehend beseitigt werden.

Abg. Eberth verliest eine ganze Reihe von Briefen, in de-  
nen sich seine Parteigenossen über eine gefesselt, zum Theil rohe  
Behandlung seitens der Gefängnisbeamten beschwerten; es finden sich  
unter den Briefen, mit denen die betreffenden Beamten die Gefangenen  
empfangen, oder sonst angeredet haben sollen, auch einige, die Rehn-



lichkeit mit der Aeußerung haben, mit welcher der Abg. Most in Bismarck empfangen sein will; Redner verliest auch eine Aeußerung, worin es heißt: „Ein gemeiner Dieb ist mir lieber, als ein Sozialdemokrat vom reinsten Wasser.“ (Stimmen rechts: Sehr richtig!) Redner nach rechts gewendet: Ich danke Ihnen, meine Herren Redner, wenn er einer seiner Parteigenossen über das Gefängniswesen spreche, so sei das gleichsam eine oratio pro domo, denn das Gefängnis sei für die Sozialdemokraten fast zur Wohnung geworden. Bei der jetzigen Handhabung der Gefängnisse in Deutschland sei es sehr leicht möglich, in das Gefängnis zu kommen und diese Handhabung sei zu tadeln, weil es keine unabhängige Richter mehr gebe. Vom Präsidenten zur Sache gerufen und auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche die Gefängnisordnung an dem zwölftägigen Ruf zur Sache knüpft, behauptet der Redner, er habe zur Sache gesprochen; er will an das Haus appellieren und sehen, ob die Redefreiheit in diesem Hause noch besteht. Da ihn der Präsident jedoch darauf aufmerksam macht, daß ein solcher Appell nicht zulässig sei, so bescheidet sich der Redner und bleibt nunmehr bei der Sache; er richtet seine Kritik hauptsächlich gegen die Befähigung in den Gefängnissen, die nach der Aussage des Abg. Most eine so monotone sei, daß er, Most, manchmal zwei Tage lang gar nichts genießen könne. Redner schließt damit, daß das Haus dem Kommissionsantrag annehmen und damit in dem Gefängniswesen einem Zustande ein Ende machen solle, der Deutschland mit Schimpf und Schande bedecke.

Abg. Wndtfort: Die vorliegende Petition zeigt uns, wie dringend das Bedürfnis ist, daß die Strafvollstreckung den humanen Grundsätzen unseres Strafrechts entsprechend geregelt werde. Wenn der Abg. Dr. Schwarz hervorgehoben hat, daß der Zweck der Strafe die Erhaltung des Verbrechens und die Wiederherstellung der Achtung vor dem Gesetze sei, so ist doch damit eine Strafvollstreckung nicht gerechtfertigt, wie sie die Most'sche Petition uns schildert. Leider giebt es noch Leute, welche glauben, daß Rigorismus und abstoßendes Wesen notwendig zur Würde eines Gefängnisverwalters gehören; das ist aber ein sehr großer Irrthum: mit einer ruhigen, würdevollen Haltung kommt er viel weiter, wie mit dem hier geschilderten Verfahren, das nur die Gemüther hartnäckig macht. Ich empfehle beide Anträge der Petitionskommission zur Annahme, denn beschränken wir uns auf die Forderung einer allgemeinen Gefängnisordnung allein, so beseitigen wir damit die momentanen Mängel nicht, die sich ergeben, weil die Entwidlung des Gefängniswesens bei uns hinter dem Strafrechte weit zurückgeblieben ist. Nachdem wir ein Strafgesetzbuch gemacht haben, das gerade wegen seiner humanen Grundlage auch außerhalb Deutschlands außerordentlichen Beifall gefunden hat, ist es unerhört, daß daneben alte Instruktionen für Gefängnisse in Kraft geblieben sind, welche mit dem Gesetze direkt in Widerspruch stehen. (Zustimmung.) Der spezielle Antrag der Kommission ist daher ebenso notwendig, wie der allgemeine, denn es geht in der That nicht an, daß Männer, die sich keiner ehrenrührigen Handlungen schuldig gemacht haben, nach solchen Instruktionen wie gewöhnliche Verbrecher behandelt werden. Wenn in Bismarck das Zusammenperren von solchen, die wegen Verbrechen verurtheilt sind, mit anderen, die gestohlen oder betrogen haben, nicht zu vermeiden ist, so dürfte man die Strafgefangenen der ersten Kategorie nicht nach Bismarck bringen, sonst vergeht man sich gegen den Geist der Humanität, der unser Strafgesetzbuch diktiert hat. Ich behaupte, die Anwendung der Zwangsarbeit ist etwas Gesetzwidriges, denn § 16 des Strafgesetzbuchs geradezu widersprechendes, denn die Zuchthausstrafe unterscheidet sich gerade durch die Anwendung der Zwangsarbeit von der Gefängnisstrafe, und deshalb hat man in vielen Fällen, wo die Vollziehung der Zuchthausstrafe etwas ganz Internationales wäre, es für zulässig unethisch erachtet, daneben Festungshaft zu statuieren. Zwangsarbeit und Gefängnisstrafe sind daher bei Verhängung einer Gefängnisstrafe nicht statthaft, und wenn die lokale Lage und die sonstigen Einrichtungen eines Gefängnisses die freie Wahl der Beschäftigung und die Selbstbeschäftigung ausschließen, so darf man Leute, welche berechtigt sind, solche zu verlangen, nicht in ein Gefängnis, wie dasjenige am Bismarck bringen; und führt ein Gefängnis mit den dafür erforderlichen Einrichtungen überhaupt, so muß es schnelligst geschaffen werden, und man wird erforderlichen Falls eines der bestehenden räumen und dann herrichten müssen. (Zustimmung.) Mit diesem Willen wird das Alles sehr leicht zu erreichen sein, und ich hoffe, daß der gute Wille dem Reichskanzler nicht fehlen wird, wenn er unseren Antrag bei den verschiedenen Regierungen vorbringt.

Abg. Lasker: Ich habe mit zu denjenigen gehört, welche die Most'sche Petition an die Petitionskommission befördert haben, weil ich der Meinung gewesen bin, daß die Grundlage der Strafvollstreckung nicht Sache eines einzelnen Person oder Partei sind, sondern daß es im einheitlichen Interesse Aller liegt, daß unser Strafgesetzbuch eine einheitliche Ausführung erhält. Zu meiner Freude hat auch die Petitionskommission den allgemeinen Theil ihres hier vorliegenden Beschlusses mit Einstimmigkeit gefaßt. Ich selbst habe schon in der Kommission davon Abstand genommen, von den Vertretern der Regierung eine Auskunft über die von dem Petenten referirten Aeußerungen zu verlangen und das Verhalten einzelner Gefängnisbeamten zu untersuchen. Um dieses zurückzuweisen, hätten wir nicht nöthig, ein neues Gefängnisgesetz zu machen, denn es ist der allerschwerste Verstoß gegen jedes Gesetz, wenn ein Gefängnisverwalter einen hilflosen Gefangenen in der hier geschilderten Weise behandelt, ohne zu bedenken, daß derselbe im Augenblicke nicht nur psychologisch unfrei ist, sondern auch gegen die Behandlung desjenigen keinen Schutz besitzt, der eigentlich auch zu seinem Schutze da ist. Der richtige Weg wäre hier die Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde gewesen, welche die geschilderten Vorgänge jedenfalls zum Gegenstand einer Disziplinaruntersuchung gemacht hätte. Ich gehe zu denen, welche es heute für die doppelte Pflicht jeder Regierung halten, den sich gegen das Gesetz aufhebenden Willen mit aller Energie zu unterdrücken, aber es widerspricht meinem Gefühl, wenn diejenigen, welche dem Gesetze verfallen sind, nicht auch den Schutz des Gesetzes genießen, sei es geschrieben, sei es das ungeschriebene Gesetz der Pflicht. Meiner Ansicht nach verstößt schon jeder Gefängnisbeamter gegen § 16 des Strafgesetzbuchs, welcher auf das Verlangen des Gefangenen, ihn angemessen zu beschäftigen, erklärt, die Einrichtung seines Gefängnisses lasse dies nicht zu. (Zustimmung links.) Nach der Petition wird der Abg. Most zu Bismarck mit Buchbinderarbeit beschäftigt, und vielleicht hält die Direktion dies für eine angemessene Beschäftigung, weil Most in früheren Jahren das Buchbinderhandwerk betrieben hat. Darauf kommt es aber nicht an: Most ist als Schriftsteller verurtheilt worden und hatte auch Anspruch auf schriftstellerische Beschäftigung. Der Abgeordnete Schwarz meinte, es komme in Bezug auf das Gefängniswesen mehr als auf geistliche Vorschriften, auf einen weisen Gefängnis Direktor an, ungeachtet nach der Analogie der gestrigen Debatte über den weisen Bankdirektor. (Heiterkeit.) Dennoch wird die gesetzliche Normierung der Grundzüge über die Strafvollstreckung nicht entbehrt werden können, wenn sie auch vor Ausbreitungen und Verwüsthungen gegen das Gesetz nicht schützt. — Ich lege aber auch großen Werth auf den zweiten Theil des Kommissionsantrages, denn unweifelhaft wird die Ausbreitung und Annahme eines Gefängnisgesetzes eine lange Zeit in Anspruch nehmen, und es geht nicht an, daß bis dahin die alten preussischen Gefängnis-Instruktionen in Kraft bleiben, die, wie ich zu meinem großen Erstaunen vernommen habe, gar nicht berührt worden sind von dem Strafgesetzbuch von 1870, das doch auf Gebiete des Strafrechts von gravirter revolutionärer Bedeutung gewesen ist. Im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte bei der letzten Budgetberatung ein Ministerkommissar, daß eine Instruktion erlassen worden sei, wonach den auf Grund der Materialien oder wegen Verbrechen Verurtheilten allgemein die Selbstbeschäftigung zu gewähren sei — eine Mittheilung, welche damals viel Friedigung hervorrief, die aber leider, wie wir jetzt wissen, auf Irrthum beruhte. (Hört! hört!) Das ist meines Erachtens kein befriedigender Zustand. Es ist unsere Pflicht als Gesetzgeber — gleichviel welche Parteistellung wir einnehmen — denen, die wegen Aufhebung gegen die Gesetze verfallen, denselben verfallen, den Schutz zu verschaffen, welchen die Gesetze selbst gewähren. (Beifall.) Geh. Rath Sielke: Die Regierung verkennt ebenso wenig, als Sie, meine Herren, das Bedürfnis, die zur Zeit bestehenden Gefängnis-

Reglements einer Revision zu unterwerfen. Die Grundlage für die zu treffenden Abänderungen kann aber erst die künftige Gesetzgebung bilden. Ueber die in der Beschwerde des Herrn Most angeführten Thatsachen sind auf Veranlassung des Herrn Justizministers Ermittlungen angestellt worden. Das Resultat derselben hat keine Veranlassung gegeben, eine Remedur einzutreten zu lassen. Daß bezüglich der richtigen Anwendung der Bestimmungen des Gefängnis-Reglements sehr viel auf die Qualität des Gefängnis-Direktors ankommt, hat auch die preussische Regierung anerkannt und deshalb für die Leitung der Gefängnisanstalt in Bismarck einen Mann ausgewählt, der volle Garantie bietet, indem derselbe namentlich auch mit juristischen Kenntnissen ausgerüstet ist. Dazu kommt, daß dieser Direktor einen Aufsichtsrath zur Seite hat, welcher über einlaufende Beschwerden entscheidet. In diesem Aufsichtsrath befindet sich auch ein Mitglied des Obertribunals, ein Mitglied eines Appellationsgerichts und der Direktor der Kriminalabtheilung des königlichen Stadtgerichts in Berlin. Was die Räumlichkeiten in Bismarck betrifft, so kann ich Jedermann mit eigenen Augen überzeugen, daß dieselben in vollkommenem autem Zustande sind. Was § 16 des Strafgesetzbuchs und den Arbeitszwang in den Gefängnissen anlangt, so hat Dr. Schwarz in seinem Kommentar richtig ausgeführt, daß schon in dem preussischen Strafgesetzbuch von 1851 nur darum die fakultative Festung gewählt worden ist, weil die Gefängnisverwaltung ja nicht immer in der Lage ist, den Gefangenen Arbeit geben zu können. Derselbe Gesichtspunkt ist auch bei Verhängung des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund maßgebend gewesen und noch jetzt maßgebend, wie auch Oppenhof in seinem Kommentar annimmt. Was endlich die Befähigung betrifft, so besteht jetzt in Bismarck ein ganz anderes System, wie früher. Die frühere Gefangenenarbeit war nach der Ansicht der Ärzte zwar für einen Tagelöhner vollkommen gesund, nicht aber für andere Personen, z. B. solche, die an eine sitzende Lebensweise gewöhnt sind. Es ist deshalb für solche Personen eine leichtere Arbeit eingeführt worden. Darum ist auch die Selbstbeschäftigung nicht mehr nöthig. Ich beschränke mich auf diese thätlichen Aufklärungen, welche Ihnen zu machen, mich der Herr Justizminister beauftragt hat.

Hierauf wird der Antrag der Kommission angenommen. Eine Reihe Petitionen von Notaren und Notariatskammern in Elsaß-Lothringen richtet sich auf Erwirkung sofortiger Auszahlung des Betrages der nach dem Gesetze vom 10. Juni 1872 festgestellten Entschädigung; in einer Petition wird außerdem die Zahlung von fünf Prozent Zinsen des Entschädigungsbetrages für die Zeit vom 31. Dezember 1873 an gerechnet begehrt.

Zur Begründung der Petitionen wird hervorgehoben: Die durch das Gesetz vom 10. Juni 1872 geschaffene Ungleichheit in der Lage der im Amte verbliebenen Notare gegenüber den Opanten einerseits und gegenüber den neu ernannten Kollegen andererseits enthalte nicht nur für die ersteren eine Unbill, sondern stelle sich auch dar als eine Inkonsequenz. Nachdem von der Gesetzgebung einmal das Notariat nicht mehr als ein käufliches Geschäft, sondern als ein Amt aufzufassen worden, sei es prinzipiell, die Ausübung dieses Amtes als Äquivalent für die Nutzung des früher für das Geschäft bezahlten Kapitals gelten zu lassen. Hierzu aber trete eine wesentliche Veränderung der früheren Verhältnisse durch die neuere Gesetzgebung über das Notariat. Während die Vorenthaltung der Entschädigungssumme durch die ungeschwächte Fortdauer der Ausübung des Amtes gerechtfertigt werde, sei wiederum die gesetzliche Feststellung der Entschädigung als Veranlassung für eine Gesetzgebung benutzt worden, welche jene Ausnutzung des Amtes auf das Wesentlichste beschränkte. Die Aufhebung einer Anzahl von Notariatsstellen wäre als Ausgleichung dieser Beeinträchtigung nicht selten, weil die Einwirkung dieser Maßnahme durchaus zufälliger Natur sei, während die Wirkungen der neuen Gesetzgebung über das Notariat, insbesondere des neu eingeführten Tarifes, sich in grundtätig bedingter Richtung entwickelten.

Die Kommission beantragt: „Die Petitionen des Herrn Reichskanzler mit dem Ersuchen zu überweisen, die Frage wegen der Abfindung der im Besitze von ursprünglich veräußerten Stellen befindlichen Notare in Elsaß-Lothringen in Rücksicht darauf, daß dieselben durch die Gesetzgebung von 1872 und 1873 für Elsaß-Lothringen benachtheiligt erschienen, einer erneuten Prüfung und Regelung zu unterwerfen.“

Abg. Banks beantragt dagegen: „Die Petitionen des Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung mit dem Antrage zu überweisen, eine Revision der über die Entschädigung der im Besitze von ursprünglich veräußerten Stellen befindlichen Notare in Elsaß-Lothringen bestehenden Gesetzgebung einzutreten zu lassen, und schon jetzt den früheren Notaren die ihnen gesetzlich zustehende Entschädigung auszuschütten, wobei es der Landesregierung selbstverständlich unbenommen bleibt, alle oder einzelne der früheren Notare wieder als Notare anzustellen.“

Ministerialrath Herzog: Wenn dem Bunde der Petenten nachgegeben würde, so würde Elsaß-Lothringen unnötigerweise mit etwa 1/2 Million Francs belastet, übrigens ist ein Beweis dafür, daß die Einnahmen der Notare sich verringert haben, nicht erbracht; dieselben sind im Gegenheil durchschnittlich gewachsen; schon darum, weil die Stellenzahl der Notariate um 91 sich vermindert hat. Die Regierung verkennt aber auf der andern Seite nicht, daß auch die Ausgaben der Notare gestiegen sind. Sie ist deshalb bereit, den Gegenstand im Auge zu behalten, zur Zeit ist es ihr aber unmöglich, die Wünsche der Petenten zu erfüllen. Die Regierung widerspricht auch dem Antrage, der Kommission nicht, bittet Sie aber, den Antrag des Abg. Banks abzulehnen.

Nachdem auch Abg. Krause für den Kommissionsantrag eingetreten war, wird derselbe angenommen, der Antrag des Abg. Banks abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden. Der Gesetzentwurf war auf die Erklärung Debrüß's, daß die Entschädigung von 1 Mark für die volle Tageskost unannehmbar sei, in die Kommission zurückverwiesen worden. Diese beantragt nunmehr, in § 9 folgende Bestimmung zu treffen:

„Die Vergütung für Naturalverpflegung beträgt für Mann und Tag

	mit Brot	ohne Brot
a) für die volle Tageskost	80 Pfennige,	65 Pfennige,
b) für die Mittagkost	40 „	35 „
c) für die Abendkost	25 „	20 „
d) für die Morgenkost	15 „	10 „

Wenn der Preis des Winterroggengrains nach dem Durchschnitt der November-Marktpreise in Berlin, München, Königsberg und Mannheim für 1000 Kilogramm mehr als 160 Mark beträgt, so wird im folgenden Jahre für je zehn Mark dieses Mehrbetrages die Vergütung der vollen Tageskost mit Brot um fünf Pfennige, bis zum Ende einer Mark, erhöht und tritt entsprechende Erhöhung der übrigen Sätze ein.

Vor Schluß des Jahres werden die hiernach für das folgende Jahr zur Anwendung kommenden Vergütungsätze durch den Reichskanzler öffentlich bekannt gemacht.

Bei außergewöhnlicher Höhe der Preise der Lebensmittel kann der Bundesrath die Vergütungsätze zeitweise für das ganze Bundesgebiet oder für einzelne Theile desselben sowohl innerhalb der Grenzen von 80 Pfennigen bis zu einer Mark für die volle Tageskost mit Brot z. als auch über eine Mark hinaus erhöhen.

Für Offiziere und im Offiziersrang stehende Ärzte und Militärbeamte ist der doppelte Betrag des auf die Mannschaft entfallenden Vergütungsatzes zu entrichten. Wenn jedoch ein Offizier z. erklärt hat, nur dasjenige in gehöriger Zubereitung zu beantragen, was er nach dem Reglement bei einer Verpflegung aus dem Magazin zu fordern berechtigt sein würde (§ 4), so ist für ihn nur der einfache Betrag der Vergütung zu entrichten.

Verichterichter Abg. Dr. Weigel: Die Kommission müßte ihre Aufgabe allein darin sehen, Angelegenheiten der bestmöglichen Erklärung von Seiten der Bundesregierungen, wonach bei Festhaltung an den beschlossenen Sätzen in § 9 dem ganzen so wohlthätigen und notwendigen Gesetze Gefahr drohe, zu verhindern, ob sie nicht zwischen den unermittelten entgegenstehenden Ansichten ein Vergleich herbeiführen lasse. Die Kommission hat diesen schließlich darin gefunden, daß sie

beantragt, eine Bestimmung der bairischen Gesetzgebung in dieser Frage zu einem Reichsgesetz zu erheben. Die bairische Gesetzgebung fest, daß ein bestimmter Normalpreis der Lebensmittel, es ist dies der bairische Scheffel zu 12 Gulden, den Vergütungsätzen zu Grunde gelegt werde, so daß, wenn dieser Normalpreis sich steigert, auch die Vergütungsätze dem entsprechend wachsen. Die Kommission hat dieser Bestimmung entsprechend ihren Antrag gestellt, worin in der That eine Vermittlungslösung zwischen dem von der Regierung aufrecht erhaltenen Satz von 80 Pfennigen und dem von der Kommission beschlossenen von 1 Mark für die volle Tageskost gegeben ist. Die Kommission empfiehlt Ihnen dringend die Annahme dieses Antrages.

Präsident Debrüß: Ich kann Namens der verbündeten Regierungen erklären, daß dieselben in den vorliegenden Beschlüssen der Kommission zu § 9 ein Hinderniß für die Annahme des Gesetzes nicht erblicken.

Abg. Len der bittet dagegen um Annahme des Beschlusses zweiter Lesung; denn der Antrag der Kommission sei nicht auf der Hebung der Sache hervorgegangen, daß der Satz von 1 Mark zu hoch sei, sondern nur veranlaßt worden durch die Erklärung des Bundesrathes, daß bei der Festhaltung dieses Satzes das Gesetz unannehmbar sei. Der in zweiter Lesung angenommene Satz von 1 Mark ist bei Weitem nicht hinreichend, um nur die kahlen Ausgaben zu decken; besonders könne er aber die Höhe der Kornpreise nicht als Maßstab annehmen. Wenn bei der Annahme des Satzes von 1 Mark das Gesetz nicht zu Stande käme, so falle die Verantwortlichkeit auf den Bundesrath.

Das Gesetz wird darauf mit der von der Kommission vorgeschlagenen Aenderung des § 9, für welche eine sehr große Majorität stimmt, ohne weitere Debatte angenommen; bei der Schlußabstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe fast einstimmig genehmigt; die dazu eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Einführung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, vom 25. Juni 1868 im Reichsrath und betreffend die Einführung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Kriegszustandes, vom 25. Juni 1868 im Reichsrath, ferner die Gesetzentwürfe betreffend die Erweiterung der Umwallung von Straßburg, und betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1874, werden ohne Debatte in dritter Beratung definitiv genehmigt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Aber neben dieser öffentlichen Thätigkeit des Reichstags lief während der ganzen heutigen Sitzung im Geheimen eine andere her, deren Resultat morgen bei der dritten Beratung des Bankgesetzes hervortreten wird. An Stelle des Antrages Siemens zu § 44, in Bezug auf welchen das Haus sich gestern in zwei gleiche Hälften theilte, haben einflussreiche Abgeordnete einen Kompromiß vorgebracht, der alle Theile, wo nicht befriedigt, so doch abfinden soll, indem er die für gewisse Privat-Notenbanken geforderte Erweiterung ihres Geschäftskreises in unumkehrbarer, auch die Freunde der Kommissionsbeschlüsse nicht beunruhigender Weise gewährt. Auch die einprozentige Steuer wieder in das Gesetz zu bringen wird morgen versucht werden. Die Abstimmung über das Bankgesetz im Ganzen und die Schließung der Session durch den Präsidenten Debrüß wird in einer Abendung erfolgen. Die heutige Sitzung schließt 5 Uhr. Auf der Tagesordnung der nächsten, Sonnabend 11 Uhr, steht die dritte Beratung des Bankgesetzes neben einigen anderen Material von geringerer Wichtigkeit. Die dritte Beratung des Antrags Stenglein auf die nächste Tagesordnung zu setzen, wurde durch den Einspruch des Abg. Banks und seiner Freunde verhindert.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. Januar.

Eine durch die Zeitungen gehende Noth über den Inhalt der in der Vorbereitung begriffenen Entwurfs, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter, schließt mit der Bemerkung, daß zur Zeit sich geltend machenden Mängel würden darauf zurückgeführt, daß das Gesetz vom 24. April 1854 die Kontraktlosigkeit nur bei einzelnen Klassen der ländlichen Arbeiter ahnde. Das veranlaßt die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu folgender offizieller Auslassung:

Diese Bemerkung muß zu der Annahme veranlassen, als beschäftigte sich der Eingang gedachte Entwurf mit der Frage der kriminellen Verfassung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter. Diese Annahme ist durchaus unrichtig; im Gegenheil ist die gedachte Frage von dem Bereich der in Rede stehenden Gesetzesvorlage prinzipiell gänzlich ausgeschlossen. Die letztere hat vielmehr im Wesentlichen den Zweck, die rechtliche Grundlage des ländlichen Arbeitervertrages, für welche bei den total veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen die landrechtlichen Bestimmungen sowohl vom Standpunkte der Arbeitgeber als der Arbeiter aus völlig unzureichend sind, neu zu ordnen und in Einklang mit den realen Verhältnissen zu bringen. — Wenn in einer anderen Korrespondenz dem nämlichen legislativen Vorhaben die Absicht unterstellt worden ist, lediglich die Interessen der Arbeitgeber zur Geltung zu bringen, so ist auch diese Unterstellung unbegründet. Es wird der Entwurf unter Anderem in angemessener Weise die zum Schutze der gewerblichen Arbeiter durch die Reichsgesetzgebung gegebenen Bestimmungen auf die ländlichen Arbeiter ausdehnen und dadurch die Lücke ausfüllen versuchen, welche seinerzeit in dem bairischen Reichsgesetze gelassen wurde. Gerade diese Absicht hat schon jetzt zu mehrfachen Angriffen in landwirtschaftlichen Fachblättern in der entgegengekehrten Richtung geführt, als werde hierdurch den Arbeitgebern eine ungebührliche Last aufgelegt. Hier wie überall wird es sich darum handeln, die selbstthätigen Interessen weder der einen noch der andern Seite zur Herrschaft zu bringen, sondern Festsetzungen zu treffen, welche gegen die Willkür und die Störung der rechtlichen und wirtschaftlichen Ordnung feste und erkennbare Schranken setzen.

Der Auschuß des Kongresses deutscher Landwirthe hielt am 17. d. M. eine Sitzung ab. Es wurden in derselben bedeutende Abänderungen in dem Statute des Kongresses vorgenommen worüber Folgendes verlautet:

Nach denselben soll der Zweck des Kongresses in Zukunft sein, eine freie Vereinigung der Landwirthe des deutschen Reiches zur gegenseitigen Vertretung und allseitigen Aufklärung über ihre Interessen und deren Wahrnehmung herbeizuführen. Ferner soll der Kongress vorzugsweise die in Beziehung zur Landwirtschaft stehenden Fragen der Gesetzgebung und Volkswirtschaft zum Gegenstande seiner Verhandlung, Beschlüsse und Anträge machen. Der Kongress betrachte es als seine Aufgabe, mit dem deutschen Landwirtschaftsrathe durch Vermittelung seines Ausschusses ein den beiderseitigen Bestrebungen förderliches Einvernehmen herbeizuführen. Die Beschlüsse werden, soweit nicht ausdrücklich etwas Anderes vom Kongresse bestimmt ist, dem deutschen Landwirtschaftsrathe überwiesen. Der Kongress hat seinen Sitz in Berlin. Er hält seine Versammlungen abwechselnd in Nord- und Süddeutschland ab. Die Wahl des Ortes der nächsten Versammlung findet jedesmal in der vorhergehenden Plenarversammlung statt. Die Versammlung ist jedoch berechtigt, Ausnahmen davon zu beschließen.

Außer den Abänderungen in dem Statute des Kongresses wurde von dem Ausschusse das Programm des nächsten Kongresses deutscher Landwirthe, welcher vom 22. bis 26. Februar d. J. in Berlin abgehalten werden soll, festgestellt. Eine Begrüßung der Mitglieder wird am Sonntag, den 21. Abends im Hotel Imperial, wo auch der Kongress tagen wird, stattfinden.



Posen, 30. Januar.

Der „Kurzer Bozmann“ ist augenscheinlich in Besorgniß, daß die nationale Agitation seiner Landsleute den ultramontanen Interessen nachtheilig werden könnte und er mißbilligt daher entschieden die im Reichstage ausgesprochene Drohung des Abg. v. Taczanowski, daß die Polen, wenn Preußen ihnen ihre nationalen Rechte vorenthalte, sich genöthigt sehen würden ihren Blick nach Osten zu wenden, woher allein noch Rettung zu erwarten sei. „Uns genügt nur, schreibt das polnische Blatt, unaufhörlich Gerechtigkeit zu verlangen. Die Lage Polens ist heute keine schlimmere als die Irlands zur Zeit O'Connell's, und doch gab er seine Sache nicht für verloren noch hieß er die mit dem Tode bedrohte Nation ihre Rettung im Selbstmorde suchen. Was hat übrigens der ganze Westen verschuldet, daß wir die tausendjährigen Bande christlicher Zivilisation, die uns mit ihm verbinden, zerrissen und uns in einen alles Leben verschlingenden Abgrund stürzen sollen, in die Arme Rußlands, welches dem Geiste nach mongolisch, der Race nach sinnlich und der Sprache nach slavisch ist? Was würden wir übrigens retten, wenn wir uns Rußland in die Arme werfen? Kaum die Sprache, und dies ist noch zweifelhaft, wenn wir an die barbarischen Verbote in Litthauen und Rußland denken. Wie viel theurer und heiliger Güter müßten wir dagegen in den Abgrund des Panislaus werfen, vor allem unseren Glauben, unsere Sitten, unsere nationale Selbstständigkeit. Wir nehmen an, daß diese Schwelzung des Redners Rußland zu mehr eine Drohung der deutschen Ungerechtigkeit gegenüber, als der Ausdruck einer Zwangs- und Unterwerfungspolitik war; aber abgesehen davon, daß es sich nicht ziemt bei Dingen von so ungeheurer Wichtigkeit mit eiflen Drohungen aufzutreten, können wir nicht genug aus Furcht vor der Fälschung der polnischen Meinung und des polnischen Gewissens vor solchen Schwelzungen warnen.“ Es scheint wirklich, als ob Herr v. Taczanowski für sein hochpolitisches Programm nur einen einzigen Anhänger gefunden habe, nämlich sich selbst. Wir hoffen, daß es den Weltfrieden nicht stören wird, wenn sich Herr v. Taczanowski mit dem russischen Reiche verbindet.

Von der posener Provinzialsynode wird uns gemeldet, daß gestern Vormittags die aus 12 Mitgliedern bestehende Kommission zur Vorberathung des Propendums betr. die Abschaffung der Stolzgebühren eine mehrtägige Sitzung abhielt, in der das durch die Generaldiskussion gewonnene Material mit verwerthet werden sollte, und heute wird in die Spezialdiskussion eingetreten werden.

In der Berliner „Korrespondenz“ der heutigen Morgennummer dieser Zeitung ist der Betrag der für die Provinz Posen in Aussicht genommenen Dotation nicht ganz richtig angegeben. Es muß heißen „circa 1 Million Mark, also etwa 300,000 Thlr.“, nicht wie gesagt war: 4 bis 500,000 Thlr.

Der „N.-A.“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Finanzministers vom 23. Januar, wonach, wie bereits früher erwähnt wurde, für 1875 44,495,262 M. Klassensteuer veranlagt sind, d. h. 2,241,996 M. mehr als die berichtigte Soll-Einnahme von 42,253,266 M. Es sind in Folge dessen nur 2 M. 80 Pf. auf jede 3 Mark der veranlagten Jahressteuer zu entrichten oder für den ersten Monat jedes Quartals nur je 24 Pfennig, für den zweiten und dritten Monat jedes Quartals nur je 23 Pfennig auf jede 25 Pfennige der veranlagten monatlichen Klassensteuer. (In Berlin kommen pro Thaler der Staatsklassensteuerjahres vierteljährlich 7 Sgr. zur Erhebung.) Die betreffende Steuerermäßigung hat die Verbilligung der vom Abgeordnetenhaus durchgesetzten Kontingentierung der Klassensteuer auf 14 Millionen Thaler oder 42 Millionen Mark zu verdanken, welchem Betrage der nachträglich hereinzubringende Anfall des Jahres 1874 mit 253,266 Mark hinzutritt.

In der zweiten Lesung des Bankgesetzes ist bekanntlich die Befreiung der Reichsbank von kommunalen Steuern abgelehnt worden. In unserem vorgestrigen Leitartikel nahmen wir an, daß die hiesige Filiale der kgl. Bank im vorigen Jahre 6000 Thlr. Steuern an die Kommune zu zahlen hatte, wie aber aus der erwähnten Petition des hiesigen Magistrats an den Reichstag hervorgeht, zahlte das Institut etwa 7200 Thlr. Kommunalabgaben. Da nun die Progression von 4½ auf 3 Prozent gesunken ist, wird die Bank von jetzt ab nur ½ des früheren Steuerbetrags zu zahlen haben, dies dürften 4 bis 5000 Thlr. sein.

Der naturwissenschaftliche Verein beschloß in seiner gestrigen Sitzung sich mit dem Vorschlage der polytechnischen Gesellschaft dahin einverstanden zu erklären, daß die Bibliotheken beider Vereine den Mitgliedern derselben gegenseitig zur Benutzung geöffnet sein sollen; auch war die Versammlung damit einverstanden, daß den Mitgliedern der polytechnischen Gesellschaft jeder Zeit der Zutritt zu den Sitzungen des naturwissenschaftlichen Vereins gestattet sein solle. Doch sollen sich diese Vergünstigungen nicht auf den Lesesaal des naturwissenschaftlichen Vereins und die öffentlichen Vorträge desselben beziehen. Damit ist der erste Schritt zu dem mehrfachen von dem Stadtbaurath Herrn Stenzel ausgesprochenen Wunsche: die wissenschaftlichen Hilfsmittel in unserer Stadt mehr zu konzentriren und sämtliche wissenschaftlichen Vereine in einen Hauptverein zu verschmelzen, gethan. Die Gründung einer archäologischen Section wurde für jetzt nicht für ausführbar erachtet, und ein Antrag des Herrn Dr. Wagner, einen gedruckten Jahresbericht des Vereins herauszugeben, noch verlag, dagegen beschlossen, die Protokolle über die wissenschaftlichen Sitzungen in größerer Ausführlichkeit zu führen, und es wurden Herr Dr. Randberger und Herr Dr. Karger zu Protokollführern gewählt.

Herr Professor Robert von Schlagintweit, auf dessen für den 4. und 5. Februar in Aussicht stehende Vorträge wir an dieser Stelle bereits hingewiesen, wird zwei jeden Gebildeten interessirende Themen seinen Reisebildungen zu Grunde legen: die Regionen der Pacifische und die Indianer Nordamerikas. Dort jene den Welthandel und die Zivilisation vermittelnde Niesenfrage und die Natur der Länder, durch die sie gebahrt werden mußte — hier der letzte Aberrant der nordamerikanischen Urbevölkerung, der im Kampf mit der Kultur seinem Untergang unaufhaltsam entgegengeht. Der berühmte Reisende hat lange Zeit in diesen fernen Ländern gelebt und geschildert und giebt in lebendiger, klarer Darstellung seine Eindrücke wieder. Es bietet sich hier demnach den Posenern die seltene Gelegenheit, Belehrung und Genuß zugleich aus den Worten eines gelehrten Naturforschers zu schöpfen. Möge der gefüllte Lambert'sche Saal bezeugen, daß Posen dies zu würdigen weiß. Es dürfte sich übrigens empfehlen, zur schnelleren Betrachtung der vom Vortragenden gebotenen Bilder einige Stereoskope mitzubringen.

Güterverkehr nach Italien. Die Interessenten des hiesigen Spiritusverkehrs mit Italien machen wir darauf aufmerksam, daß der italienische Steuerzuschlag auf die Eisenbahnfrachten neuerlichen Anordnungen zufolge, nunmehr auch die Gebühren für Werthversicherung trifft. Es werden demnach für jede auch nur angefangene 1000 Franken des deklarirten Werthes außer der durch den Tarif festgesetzten Versicherungsprämie im Verthe von und nach Stationen der oberitalienischen Bahn 3, im Verthe von und nach Stationen der römischen und italienischen Südbahn dagegen 5 Centimes erhoben.

Für den gesamten Verkehr in Eisen und Stahl-Produkten ist die Nachricht von Wichtigkeit, daß in diesen Tagen Verträge zwischen der Firma Friedrich Krupp in Essen und der „Union“ in Dortmund zu Stande gekommen sind, wonach die letztere mit der Firma Friedrich Krupp fortan in der Preisbestimmung für einzelne Fabrikate, für welche die beiden Werke auf dem deutschen Markte tonangebend sind, nur gemeinsam vorgehen werden. Bestätigung für diese Mittheilung des „Bör.-Cour.“ bleibt abzuwarten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Berlin, 30. Januar. Die Verwaltung der Generaldirektion des Telegraphenwesens für die Dauer der eingetretenen Vakanz ist dem General-Postdirektor Stephan übertragen worden.

Verfaßtes, 29. Jan. Die Nationalversammlung nahm im weiteren Verlaufe der Sitzung den ersten Artikel des Verfassungsgesetzes an, welcher dahin lautet, daß die gesetzgebende Gewalt von zwei Versammlungen ausgeübt wird: nämlich von einer Deputirtenkammer, die nach dem allgemeinen Stimmrecht Wahlgesetz gemäß gewählt wird, und von dem Senate, dessen Zusammensetzung, Ernennung von Mitgliedern und Befugnisse durch ein Spezialgesetz erst noch geregelt werden soll. Die Verathung des zweiten Artikels findet morgen statt.

Die Linke scheint geneigt, für den Antrag Wallons zu stimmen, wonach der Präsident der Republik, der auf sieben Jahre gewählt wurde, auch wiedewählbar ist.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Februar und März werden bei allen Postanstalten zum Preise von 1 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 1 Thlr. entgegengenommen, worauf wir hierdurch e. gebest aufmerksam machen.  
Expedition der Posener Zeitung.

## Interims-Theater in Posen.

Sonntag den 31. Januar.

Fünftes Gastspiel des Fräul. Anna Schramm vom Ballner-Theater in Berlin.

## Lucinde vom Theater.

Gefangspose in 3 Akten u. 6 Bildern von E. Pohl. Musik v. A. Cornadi.  
\* Hermine: Fräul. Anna Schramm als Gast.

## Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 29. Januar, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. pr. Jan. 54, 20, pr. April-Mai 55, 30. Juni-Juli —. Weizen pr. April-Mai 180, 00. Roggen pr. Januar 158, 25 pr. April-Mai 147, 50, pr. Mai-Juni —. Rüböl pr. Januar 53, 00, pr. April-Mai 54, 00, pr. Mai-Juni 55, 50. Zink fest. Wetter: Schön.

Bremen, 29. Januar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 10 Mt. 90 Pf. Markt.

Hamburg, 29. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine matt. Roggen loco flau, auf Termine matt. Weizen 126-pfd. pr. Jan. 1000 Kilo netto 188 B., 186 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 187 B., 185 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 188 B., 187 G. Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 156 B., 154 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 156 B., 154 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 149 B., 148 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 149 B., 148 G. Hafer loco. Gerste loco. Rüböl loco und pr. Januar 56½, pr. Mai pr. 200 Bfd. 56. Spiritus ruhig, pr. Januar und pr. Februar-März 44½, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 L. 100 pSt. 45. Kaffee 19biger, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 11, 30 B., 11, 10 G., pr. Januar 11, 30 G., pr. Februar-März 10, 80 Gd., pr. August-Dezember 12, 00 Gd. — Wetter: Trübe.

Köln, 29. Januar. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: Regen. Weizen niedriger, hiesiger loco 20, 25, fremder loco 20, 00, pr. März 19, 15, pr. Mai 18, 75. Roggen loco, hiesiger loco 17, 00, pr. März 14, 90, pr. Mai 14, 85. Hafer loco 19, 50, pr. März 18, 25, pr. Mai 17, 95. Rüböl loco, loco 29, 00, pr. Mai 29, 00, pr. Oktober 31, 30.

London, 29. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 23410, Gerste 3210, Hafer 12420 Otrts.

Geldmarkt (Schlußbericht) und träge. Die am letzten Mittwoch erzielten Preise wurden knapp behauptet. — Wetter: Regen.

Middl. Orleans 7½, middling amerikan 7½, fair Dhollera 5¼, middl. fair Dhollera 4½, good middling Dhollera 4½, middl. Dhollera 4¼, fair Bengal 4½, fair Broach 5½, new fair Domra 5½, good fair Domra 5½, fair Madras 5, fair Bernam 8½, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8½.

Manchester, 29. Januar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 9½, 20r Water Micholls 10½, 30r Water Giblow 11½, 30r Water Clayton 13½, 40r Mule Mayall 12, 40r Medio Wilkinson 13½, 36r Warpcops Qualität Rowland 13, 40r Double Weston 13½, 60r Double Weston 16, Printers 1½, 1½ 8½-pfd. 117. Markt ruhig, Preise fest.

Paris, 29. Januar. Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen ruh., pr. Jan. 25, 25, pr. Febr. 25, 00, pr. März-April 25, 25, pr. Mai-August 25, 75. Roggen ruhig, pr. Januar 19, 50, pr. Februar 19, 25, pr. März-April 19, 50, pr. Mai-August 19, 75. Mehl ruhig, pr. Januar 53, 75, pr. Februar 53, 50, pr. März-April 53, 50, pr. Mai-August 55, 25. Rüböl beh., pr. Januar 75, 00, pr. März-April 76, 00, pr. Mai-August 77, 25, pr. September-Dezember 78, 50. Spiritus ruhig, pr. Januar 53, 00, pr. Mai-August 54, 50. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 28. Febr., Nachmittags. (Getreidemarkt) Schlußbericht. Weizen pr. Mai 26½, pr. Nov. 27½, Roggen pr. Oktober — pr. Mai 182½, Rapr pr. April —.

Antwerpen, 29. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruh., Roggen unbedr. Galaz 19½. Hafer beh., Donau 23 Gerste stetig. Vende 23.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 26½, pr. Januar 26, pr. Febr. 26½, pr. März 26½, pr. April 26½, pr. Mai 26½, pr. Juni 26½, pr. Juli 26½, pr. August 26½, pr. September 26½, pr. Oktober 26½, pr. November 26½, pr. Dezember 26½. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 28. Januar, Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftslos, pr. März —, pr. Mai 267, pr. Novbr. —. Roggen loco flau, pr. Mai 182, pr. Juli 180½, pr. Oktober 185. Rüböl loco 32¼, pr. Frühjahr 32½, pr. Herbst 34½. — Wetter: Schön.

Sasano, 29. Januar. Roheisen. Fixed numbers warrants 73 Sd. 9 d.

Die Vertheidigungsrede des Professors v. Holsendorff im Proceß Arnim ist nun in besonderer Ausgabe erschienen. Holsendorff, der trotz der Bemühungen des Grafen Arnim nicht mehr bei der zweiten Verhandlung in Berlin erscheinen will, erklärt im Vorworte, datirt vom 3. d. M.: „Ich diene nicht auf Advancement und keine „Interessen“. Wären aber solche vorhanden, so würde ich getrost preisgeben, um meiner Ueberzeugung willen. Diese Ueberzeugung war und bleibt, daß von Rechtswegen nach meinem Verständnis des Gesetzes der Graf Arnim, an dessen persönliche Ehrenhaftigkeit ich glaube, nicht verurtheilt werden sollte. Ich habe den Grafen nicht politisch vertheidigt, ihm sogar vom Standpunkte der Amtsdurcheinung aus öffentlich meine Mißbilligung kund gegeben.“

D.R. Aus durchaus zuverlässiger Quelle geht uns die Mittheilung zu, daß dem dritten Prediger an der St. Marcus Kirche Herrn Rathhoff, welcher am Sonntag durch den General-Superintendenten Dr. Büchel in sein Amt ordinirt worden, der Konsistorial-Präsident Dr. Hegel die Abnahme des Eides verweigert habe, weil der Prediger, welcher einen Vollbart trägt, sich geweigert, der Aufforderung des Dr. Hegel, den Bart zu rasiren, nachzukommen. Da der Geistliche bei der Weigerung verblieb, hat Dr. Hegel ihm anbefohlen, sich sämtlicher Amtshandlungen zu enthalten. Bei dem Oberkirchenrath ist deshalb bereits eine Beschwerde anhängig gemacht worden.

Das heute erschienene Justizministerialblatt enthält folgende Personalveränderungen: Vast sind: der Kreisrichter Ducht in Graudenz als Stadt- und Kreisrichter an das Stadt- und Kreisgericht in Danzig, der Kreisrichter Böckel in Brilon an das Kreisgericht in Siegen, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Verleburg, der Kreisger. Rath Zieselschmidt in Bruchhausen an das Kreisgericht in Bielefeld, mit der Funktion bei der Ger.-Dep. in Meibladon, der Kreisrichter Köffel in Glosau, Baath in Lublin und Giele in Cöpenick an das Kreisgericht in Berlin, der Kreisrichter Winterfeld in Br. Friedland an das Kreisgericht in Berlin, mit der Funktion bei der Ger.-Kommiss. in Cöpenick, der Amtsrichter Gattermann in Ostern an das Kreisgericht in Helsen. Zu Kreisrichtern sind ernannt: die Ger.-Ass. Dr. Dahlmann bei dem Kreisgericht in Carthaus, Dr. Wittkowski bei dem Kreisgericht in Berlin, mit der Funktion bei der Ger.-Kommiss. in Cöpenick, Dr. Moll bei dem Kreisgericht in Woblast, von Schützgen genannt, Mischling bei dem Kreisgericht in Reidenburg, Amelung bei dem Kreisgericht in Ragunt. Der Kreisrichter Dreymann in Boid ist gestorben. Dem Kreisrichter Freyerrn von Lyndor in Darkehmen ist behufs seines Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung die nachgelassene Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt. Die von den Notabeln des Handelsstandes gewählten Wahlen der bisherigen Richter Julius Büßmann und Friedrich Schenck zu Richtern, sowie des Ergänzungsrichters Alfred Dünge als Ergänzungsrichter bei dem Handelsgericht in Eberfeld, haben die Allerhöchste Befestigung erhalten. Der Ger.-Ass. Chudul ist zum Staatsanwaltsgehilfen bei der Staatsanwaltschaft der Kreisgerichte in Johannesburg und Sensburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Johannesburg, ernannt. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Gierisch in Posen ist gestorben. Zu Ger.-Ass. sind ernannt: der Refer. Gastenpflug und Knorz im Bezirk des App.-Ger. in Kaschau, Kiegem und Schaffhausen im Bezirk des Appellations Gerichts in Köln. Der Gerichts-Assessor Freyerrn von Thermann ist gestorben.

Münster, 26. Jan. Wie die „Westf. Prov.-Ztg.“ hört, fand heute Morgen im Hotel Schwarz dahier unter Vorsitz des Reichstags-Abgeordneten Freyerrn v. Schorlemer-Alst die jährliche General-Versammlung des westfälischen Vereins katholischer Edelleute statt. Die Theilnahme war ziemlich rege, und es traten unter Anderen der Vorsitzende, Graf Droste Erdbrödt und Graf Clemens v. Galen als Redner auf. Der Polizei-Inspektor Herr Reutmann wohnte der Versammlung in Dienstkleidung bei.

Paris, 27. Januar. „Heinrich von Frankreich“ verschmähen, heißt das Kaiserreich zurückführen! So ruft die „Union“ der Nationalversammlung zu und hofft, sie werde sich in der Stunde der Entscheidung, die herannahet, danach richten. Uebliches Hoffen! Das Lihenbanner ist in der Juli-Revolution in den Staub getreten worden und alle frommen Wünsche werden es in der Armee und im Lande nicht wieder zu Ehren bringen. Anders sieht es mit dem Bonapartismus aus, gleichwohl auch dieser diesmal wieder eine recht plumpe Propaganda macht. So heute in dem Briefe Cantobert's an die Wähler des Lot. Der Marschall, der in der Politik als Null berüchtigt ist, lehnt die Kandidatur für die Nationalversammlung seiner hohen militärischen Stellung wegen ab, benützt aber, und darauf war die ganze Geschichte berechnet, die Gelegenheit um feierlichst seine Anhänglichkeit an das Kaiserthum in Erinnerung bei Armee und Volk zu bringen. Wie es die Bonapartisten treiben, davon weiß Polizei-Präsident Renault, ein ehrlicher und ein aufrichtiger Mann, Wunderdinge zu erzählen und zu beweisen. In seinen Aussagen vor der von der Nationalversammlung eingesetzten Untersuchungskommission gab er, wie „Siecle“ meldet, gestern die klarsten Beweise vom Bestehen des Komites der Berufung aus Volk und seiner Verweigungen in der Provinz. Er soll, berichtet man, die Propaganda enthielt haben, die vom Komite der Berufung aus Volk in Paris, in der Armee und in den Departements gemacht wurde. Nachdem er die Statuten desselben verlesen, erklärte er alle Details und gab die Namen der Gründer des Komites und derjenigen Personen, die mit der Propaganda beauftragt sind. Der Polizei-Präsident setzte darauf alle Propaganda-Veruche auseinander, die mittels Broschüren und Photographien auf die Massen, in Cafes, in Schänken und an anderen öffentlichen Orten gemacht wurden. Außerdem bewies der Polizeipräsident die Organisation einer sehr vollständigen und sehr thätigen bonapartistischen Polizei. Darauf gab er sehr vollständige Einzelheiten über die beim Komite mit Beschlag belegten Dokumente, so wie Andeutungen über Personen, an welche sich die Kommission in der Provinz Behufs Erläuterungen wenden kann. Heute wird Herr Renault mit seinen Aussagen fortfahren. Der offiziöse Moniteur Universel giebt noch Näheres über die Aussagen von Herrn Renault in der Untersuchungs-Kommission: Renault habe behauptet, daß das Komite der Berufung aus das Volk ein wirklicher Staat im Staate wäre; daß Centralkomite sende seine Befehle in die Provinz; die Organisation sei ganz vollständig und alle Beamten schon bezeichnet, die bei der Restauration des Kaiserreichs irgend ein Amt zu bekleiden hätten: nicht nur die Präfecten sind ernannt, sondern einige von ihnen verwalteten schon ihr Departement und sind in Verbindung mit den Maires ihrer Partei oder sonst mit einflussreichen Personen der Ortsschaften, die dem Einfluß der Municipalitäten Schad bieten können; diese selben Agenten sandten Berichte nach Paris, in welchen die Maires und Adjunkten angedeutet wurden, welche würdig wären, im Amte zu bleiben; die Departements, in denen partielle Wahlen zu machen sind, werden zur Zeit aber am sorgfältigsten bearbeitet. (Köln. Ztg.)



Berlin, 29. Januar. Wind: S. Barometer 27, 11. Thermo-

meter früh - 1° R. Bitterung: bedeckt.  
Am heutigen Markte war im Allgemeinen eine ziemlich flauere Haltung vorherrschend. Roggen lofo wurde mäßig angesetzt, fand aber trotzdem nur bei Entgegenkommen der Abgeber Unterkommen. Termine waren mäßig und nachgebend, nur für Januar Lieferung bestand überwiegende Nachfrage, die sich erst unter Bewilligung besserer Preise befriedigen konnte. Weizen wurde mehr offeriert und musste bei schwachem Begehre zu merklich billigeren Preisen verkauft werden. Safer lofo kleines Geschäft zu unveränderten Preisen. Termine etwas matter. Roggenmehl matt. Gefündigt 500 Ctr. Rindungsbreis 21.80 per 100 Kilgr. - Kübbel bei mäßigem Umfasse etwas niedriger im Werthe. Petroleum. Gefündigt 350 Barrels. Rindungsbreis 25 M. per 100 Kilgr. - Spiritus ließ eine feste Haltung erkennen, doch erreichte der Umfasse nur eine geringe Ausdehnung. Weizen lofo per 1000 Kilgr. 165-207 M. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat, April-Mai 183-182, 182-50 M. h., Mai-Juni 184-183, 183-50 M. h., Juni-Juli 186-185, 185-50 M. h. - Roggen lofo per 1000 Kilgr. 153-171 M. nach Qual. gef., russischer 156-157,50, inländ. 162-1-8 ab Bahn h., per diesen Monat

156,50-157,50 M. h., Jan.-Febr. 154,50-154 M. h., Febr.-März 147,50-147 M. h., März-Juni 144,50-144 M. h., Juni-Juli 141 M. h. u. - Gerste lofo per 1000 Kilgr. 144-191 M. nach Qual. gef. - Hafer lofo per 1000 Kilgr. 160-190 M. nach Qual. gef., oft u. westr. 167-179, galiz. u. ungar. 162-174, böhm. u. mäh. 180-186, russ. 165 a 179 ab Bahn h., per diesen Monat, Jan.-Febr. - Febr.-März 172 M. h., März-Juni 168 M. h., Juni-Juli 167,50-167 M. h. - Erbsen per 1000 Kilgr. nach Qual. 137-234 M. nach Qual., Futterwaare 177-186 M. nach Qual. - Kaps per 1000 Kilgr. - Leinöl lofo per 1000 Kilgr. ohne Fass 62 M. h. - Rübbi per 100 Kilgr. lofo ohne Fass 53,5 M. h., mit Fass - per diesen Monat 55,2 M. h., Jan.-Febr. 55 M. h., April-Mai 55,5-55,3 M. h., Mai-Juni 56 M. h., Sept.-Okt. 59-55,8 M. h. - Petroleum raff. (Standard white) per 1000 Kilgr. mit Fass lofo 26 M. h., per diesen Monat 25,5 M. h., Jan.-Febr. 24,5 M. h., Febr.-März 23,3 M. h., Sept.-Okt. 24 M. h., u. h. - Spiritus per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 pSt. lofo ohne Fass 51,6 M. h., per diesen Monat - lofo mit Fass - per diesen Monat 53,1-54,4 M. h., Jan.-Febr. 52, April-Mai 57,5-57,6 M. h., Mai-Juni 57,7-57,8 M. h., Juni-Juli 58,8 M. h., Juli-August 59,8

Rm. h., Aug.-Sept. 60-60,1 M. h. - Mehl Weizenmehl Nr. 0 24,25-27,25-28,25 M. h., Nr. 0 u. 1 25,50-24 M. h., Roggenmehl Nr. 0 24,25-23,25 M. h., Nr. 0 u. 1 22-21 M. h. per 100 Kilgr. Brutto unversch. m. d. d. - Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilgr. Brutto unversch. m. d. d. per diesen Monat 21,75-21,70 M. h., Jan.-Febr. 21,75-21,70 M. h., März-April 21,65 M. h., April-Mai 21,70-21,65 M. h., Mai-Juni 21,60 M. h., Juni-Juli 21,60 M. h. (D u. S.)

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum	Stunde	Barometer 26" über der Höhe	Therm.	Wind	Wolkenform
29. Jan.	Nachm. 2	28" 1"	10	+ 0 6	SB 2
29. "	Morg. 10	28" 0"	25	+ 2 0	SB 2
30. "	Morg. 6	27" 10"	51	+ 0 6	SB 2-3

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. Januar 1875 12 Uhr Mittags 1,90 Meter.  
29. 1,94

### Breslau, 29. Januar.

Freiburger 93, 50. de. junge. - Oberthles. 141, 75. R. Oberthles. 110, 75. do. do. Prioritäten 111, 75. Franzosen 529, 00. Lombarden 234, 00. Italiener 69, 00. Rumänien 33, 25. Bresl. Diskontobank 82, 25. do. Wechselbank 75, 75. Schles. Bank 106, 00. Kreditaktien 398, 25. Parahütte 120, 50. Oberthles. Eisenbahnbed. - Österreich. Bank 182, 80. Russ. Banknoten 285, 00. Schles. Ver. Bank 92, 00. Deutsche Bank - Breslauer Prov. Wechselb. - Kramsta 89, 50. Schlesische Zentralbank - Bresl. Delf. 88, 00.

### Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

**Frankfurt a. M., 29. Januar Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.**  
[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 204,50. Pariser Wechsel 81,40. Wiener Wechsel 182,60. Franzosen 264,1/2. Böhm. Westb. 170. Lombarden 116,1/2. Galizier 213,1/2. Eisenbahnen 168,1/2. Nordmeubahn 133,1/2. Kreditaktien 198,1/2. Russ. Bodenkredit 91,1/2. Russen 187,101. Silberrente 69. Papierrente 64. 1860er Loose 112,1/2. 1864er Loose 292. Amerikaner de 82,98,1/2. Deutsch-Oesterreich. 82,1/2. Berliner Bankverein 77. Frankfurter Bankverein 79,1/2. do. Wechselbank 84,1/2. Bankaktien 87,2. Meiningen Bank 90,1/2. Sächsische Effektenbank 111,1/2. Darmstädter Bank 140,25. Brüsseler Bank 102,1/2.

\*) per medio resp. per ultimo.

**Berlin, 29. Januar.** Die Börse hatte heute in Stimmung und Haltung ein der gestrigen durchaus ähnliches Aussehen; sie eröffnete in unentschiedener, für internationale Werthe weicher, für lokale Spekulationspapiere in festerer Tendenz; im weiteren Verlaufe des Geschäftes aber trat eine allgemeine Abschwächung ein, die bis zum Börsenschluss andauerte. Die Course stellten sich also schließlich zum meiste theils etwas matter.

Der Kapitalmarkt bewahrte seine ziemlich feste Haltung, während im Uebrigen die Kassawerthe sich nur schwach behaupten konnten.

Das Geschäft und die Umsätze gewannen im Allgemeinen nur mäßige Ausdehnung und gestalteten sich nur für vereinzelte, per ultimo gehandelte Werthe belangreicher. Das Prolongationsgeschäft ist mit dem heutigen Tage der Erklärung der Liquidationscourse als beendet anzusehen.

### Fonds- u. Aktienbörse

Berlin, den 29. Januar 1875.

#### Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4 1/2	105,75 bz
Staats-Anleihe	4 1/2	99,40 B
do. do.	4	—
Staatskredit	3 1/2	91,20 bz
Präm. St. Anl. 1855	3 1/2	133,75 B
Russ. 40 Jhr. Obl.	4	225,50 B
R. u. Anl. Schld.	3 1/2	94,00 bz
Oberthles. Obl.	4 1/2	100,80 B
Berl. Stadt-Obl.	5	102,50 B
do. do.	4 1/2	—
do. do.	3 1/2	91,00 bz
Berl. Börsen-Obl.	5	100,60 B
Berliner	4 1/2	101, B
do. do.	5	105,50 B
Kur. u. Neum.	3 1/2	88, B
do. do.	4	96,00 bz
do. neue	4 1/2	103,50 B
Schlesische	3 1/2	86,50 B
do. do.	4	95,40 B
do. do.	4 1/2	102,00 B
do. do.	5	—
Pommersche	3 1/2	87,75 B
do. neue	4	95,40 bz
Pommersche neu	4	94,40 bz
Schlesische	3 1/2	85,75 B
Westpreussische	3 1/2	86,50 B
do. do.	4	95,50 B
do. Renland.	4	94,60 B
do. do.	4 1/2	101,75 B
do. do.	4 1/2	101,75 B
Kur. u. Neum.	4	97,75 B
Pommersche	4	97, B
Pommersche	4	96,40 B
Pommersche	4	97,00 B
Rhein-Westf.	4	97,50 B
Sächsische	4	98,00 B
Schlesische	4	96,60 B
Gold-Pr. Pfbr. I.	5	107,00 B
Pr. Bd. Grd.-Hyp.	5	102,50 B
Pr. unkünd. L. u. II.	5	104,75 B
Pomm. Hyp. Pr. B.	5	104,75 B
Pr. Gld. Pfbr. I. u. II.	5	100,20 B
do. (Hörst.) unk.	5	107, B
Reich. Pr. D. rüd.	5	101,75 B
Rhein. Prov. Obl.	4 1/2	102,50 B
Anhalt. Rentenbr.	4	98,10 B
Meiningen Loose	4	18,30 B
Rhein. Hyp. Pfbr. B.	4	100,75 B
Hamb. Pr. A. v. 1866	3	165,50 B
Odenburger Loose	3	127,90 B
Bad. St. A. v. 1866	4 1/2	102,50 B
do. Gld. Pr. A. v. 67	4 1/2	118,50 B
Reichsb. St. A. v. 67	4 1/2	124,70 B
Badische St. A. v. 67	4 1/2	105,50 B
Sächs. Pr. Anleihe	4	120,50 B
Deff. St. Präm. A.	3 1/2	115, B
Lübeck. do.	3 1/2	171,75 B
Medlen. Schuldb.	3 1/2	88,75 B
Sächs. Mind. Pr. A.	3 1/2	104,90 B

#### Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103,50 bz
do. do. 1882 gef.	6	97,50 B
do. do. 1883	6	102,60 B
Newyork. Stadt-A.	7	101,90 B
do. Goldanleihe	6	99,10 B
Sanl. 1881 Loose	6	38,00 B

Italienische Anl.	5	67,70	b <sub>2</sub>
do. Tabaks-Obl.	6	98,75	⊘
do. do. Reg.-Alt.	6	482,00	⊘
Deffter. Pap.-Rente	4½	64,00	b <sub>2</sub>
do. Silberrente	4½	69,10	b <sub>2</sub> ⊘
do. 250fl. Pr.-Obl.	4	109,25	B
do. 100 fl. Kred.-Obl.	—	344,50	b <sub>2</sub>
do. Loose 1860	5	112,25	b <sub>2</sub>
do. Pr.-Sch. 1864	5	294,50	B
do. Bodentr.-Obl.	5	87,40	⊘
Poln. Schatz-Obl.	4	88,00	⊘
do. Cert. A. 300fl.	5	95,00	b <sub>2</sub>
do. Pfdr. III. Em.	4	82,75	⊘
do. Part. D. 500fl.	4	325,50	⊘
do. Equ.-Pfandb.	4	69,70	b <sub>2</sub>
Raab-Gräzer Loose	4	83,00	⊘
Frantz. Anl. 71. 72.	5	101,00	b <sub>2</sub>
Bulgar. 20 Jres.-Pse.	—	—	—
Rumän. Anleihe	8	105,90	fl. 100
Russ. Bodenkredit	5	91,40	B
do. Nicolai-Obl.	4	86,00	B
Russ. engl. A. v. 62	5	101,90	b <sub>2</sub>
do. " " v. 63	3	72,70	⊘
do. " " v. 70	5	103,10	b <sub>2</sub>
do. " " v. 71	5	100,70	b <sub>2</sub>
dr. 5. Stiegl. Anl.	5	86,50	B
do. 6. " "	5	96,50	B
do. Präm. Anl. de 64	5	168,90	b <sub>2</sub>
do. " " v. 66	5	167,75	⊘
Türk. Anleihe 1865	5	41,75	B
do. do. 1869	6	54,75	b <sub>2</sub>
do. do. kleine	6	55,00	B
do. Loose (vollg.)	3	97,75	B
Ungarische Loose	—	173,00	b <sub>2</sub>

#### Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

Bl. f. Sprit (Webe)	7 1/2	59,75 B
Barm. Bankverein	5	87,00 B
Berg. Märk. Bank	4	80,00 B
Berliner Bank	4	73,50 B
do. Bankverein	5	77,50 B
do. Kassenverein	4	268,90 B
do. Handelsge.	4	115,50 B
do. Wechselbank	5	53,25 B
do. Präm. u. Schld. 33	3 1/2	87,50 B
Bresl. Diskontob.	4	82,50 B
Bl. f. Edw. Kwikel	5	59, B
Braunschw. Bank	4	106,00 B
Bremer Bank	4	110,00 B
Centrals. f. Ind. u. G.	5	74, B
Centrals. f. Bant.	5	54, B
Colberg. Kreditbank	4	76, B
Danziger Privatb.	4	115,00 B
Darmstädter Kred.	4	140, B
do. Zettelbank	4	102,50 B
Deffauer Kreditb.	4	90,00 B
Berl. Depositenbank	5	96,00 B
Deutsche Unionsb.	4	73, B
Dise. Commandit	4	155,00 B
Genf. Creditb. f. Eq.	—	—
Geraer Bank	4	94,50 B
Gew. f. Schuster	4	65,00 B
Gottf. Privatb.	4	97,50 B
Hannoversche Bank	4	104,90 B
Königsberger B. u. G.	4	81, B
Leipziger Kreditb.	4	143,50 B
Leipziger Bank	4	108,80 B
Magdeb. Privatb.	4	110,00 B
Meiningen Kreditb.	4	89,50 B
Moldauer Landesb.	4	50,00 B
Norddeutsche Bank	4	141,50 B

Der Geldstand hat sich nicht wesentlich verändert; im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto 3 1/2 pSt. für erste Devisen.

Von den Oesterreichischen Spekulationspapieren wurden Kreditaktien und Franzosen zu mäßigen Coursen ziemlich lebhaft gehandelt, Lombarden gaben weniger nach, blieben aber ruhig.

Die fremden Fonds und Renten waren wenig fest und mäßig im Verkehr.

Oesterreichische Renten und Italiener wurden etwas schwächer, aber ziemlich lebhaft umgesetzt; Russische Prämienanleihen waren matt.

Deutsche und Preussische Staatsfonds sowie landwirtschaftliche Pfand- und Rentenbriefe hatten bei recht fester Tendenz theilweise ziemlich gute Umsätze für sich; Prioritäten blieben behauptet und still; Preussische fest und besonders Köln-Mindener und Oberschlesische Prioritäten in guter Frage.

**Zu- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.**

Nachn.-Mastricht	4 1/2	91,50 B
do. II. Em.	5	9,25 B
do. III. Em.	5	99,00 B
Bergisch-Märkisch	4 1/2	100,75 B
do. II. Ser. (conv.)	4 1/2	99,50 B
do. III. Ser. v. St. g.	4 1/2	84,30 B
do. Lit. B.	4 1/2	84,30 B
do. IV. Ser.	4 1/2	99,50 B
do. V. Ser.	4 1/2	99,00 B
do. VI. Ser.	4 1/2	99,00 B
do. Düffelsch.	4 1/2	92, B
do. II. Ser.	4 1/2	93,00 B
do. Dortmund.	4 1/2	92,00 B
do. II. Ser.	4 1/2	98,40 B
do. (Nordbahn)	5	103,00 B
Berlin-Anhalt	4 1/2	96,50 B
do. do.	4 1/2	101,00 B
do. Lit. B.	4 1/2	101,00 B
Berlin-Görlitz	5	103,50 B
Berlin-Hamburg	4	94,00 B
do. II. Em.	4	94,50 B
Berl.-Potsd.-Mg.	—	—
Lit. A. u. B.	4	92,25 B
do. Lit. C.	4	92,25 B
Berl.-Stett. II. Em.	4	93,50 B
do. III. Em.	4	93,50 B
do. IV. Ser. St. g.	4 1/2	102,40 B
do. VI. Ser. do.	4 1/2	93,50 B
Bresl. Schw. Frb.	4 1/2	99, B
Bresl. Cred. f. Eq.	4 1/2	96,50 B
Röln-Mind. I. Em.	4 1/2	101,00 B
do. II. Em.	5	104, B
do. do.	4	96, B
do. III. Em.	4 1/2	93, B
do. V. Em.	4 1/2	92,50 B
Salz. Sorau-Gub.	5	98,70 B
Märkisch-Pomm.	5	102,00 B
Magdeb.-Halberst.	4 1/2	100, B
do. do. 1865	4 1/2	100, B
do. do. 1873	4 1/2	100, B
do. Wittenb.	3	73,75 B
Niederschl. Märk.	4	97,50 B
do. II. Ser. 62 1/2 Jhr.	4	95,50 B
do. c. I. u. II. Ser.	4	97,50 B
do. con. III. Ser.	4	97, B
Oberchl. Lit. A.	5	93,00 B
do. do. B.	3 1/2	85,25 B
do. do. C.	3 1/2	93, B
do. do. D.	3 1/2	93, B
do. do. E.	3 1/2	84,50 B
do. do. F.	3 1/2	100,50 B
do. do. G.	3 1/2	99,50 B
do. do. H.	3 1/2	100,80 B
do. Em. u. 1863	5	103,10 B

#### Industrie-Papiere.

Aachen-Mastricht	4 1/2	98,25 B
Köln-Derberg	4	93,75 B
do. III. Em.	5	103,50 B
Niederschl. Zweigb.	3 1/2	80, B
Stargard-Polen	4	93, B
do. II. Em.	4 1/2	99,50 B
do. III. Em.	4 1/2	99,50 B
Schles. Eisenb.	5	102,50 B
Rechte Der. Alter I.	5	103,50 B
Rhein. Pr.-Oblig.	5	93, B
do. v. Staats gar.	3 1/2	86,75 B
do. III. u. 1858 u. 60	4 1/2	99,30 B
do. 1862, 64, 65	4 1/2	99,30 B
Rhein-Mind. v. St. g.	4 1/2	102, B
do. II. Em.	4 1/2	102, B
Schles. Eisenb.	4 1/2	93,00 B
Schüringer I. Ser.	4 1/2	93, B
do. II. Ser.	4 1/2	101, B
do. III. Ser.	4 1/2	93,00 B
do. IV. u. V. Ser.	4 1/2	125,25 B
Salz. Carl-Ludwig	4 1/2	93,25 B
Railway-Derberg	4 1/2	77,50 B
Strau-Friedland	5	75,50 B
Ungar. Nordbahn	5	66,80 B
do. Ostbahn	5	62,25 B
Leipzig-Görlitz	5	71,10 B
do. II. Em.	5	79,50 B
do. III. Em.	5	72,00 B
Mähr. Grenzbah.	5	69,60 B
Deff. Franz. St.	4 1/2	322,50 B
Deff. Nordwestb.	5	87, B
Südöst. Bn. (Ch.)	3	243,00 B
do. Lomb. Vons	—	—
do. do. 1875	6	101,25 B
do. do. 1876	6	102,50 B
do. do. 1878	6	105,00 B
Charkow-Hyom	5	100,25 B
Telegraph-Woronesch	5	100,00 B
Kajlow-Woronesch	5	100,25 B
Kirow-Charlow	5	100, B
Kirow-Kiew	5	100,40 B
Mosk.-Kajlow	5	100,75 B
Mosk.-Kajlow	5	100,10 B
Schwarz-Isanow	5	100,00 B
Warschau-Teresp.	5	98,90 B
do. kleine	5	99,00 B
Warschau-Wiener	5	99,90 B
do. kleine	5	99,90 B

#### Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4 1/2	30,25 B
Altena-Kiel	5	111,50 B
Amsterd.-Rotterd.	4	104,00 B
Bergisch-Märkisch	4 1/2	83, B
Berlin-Anhalt	4 1/2	118,00 B
Berlin-Görlitz	4 1/2	60,50 B
do. Stammpr.	5	98,40 B
Balt. russ. (gar.)	3	55,25 B
Bresl.-Kiew	5	62,50 B
Bresl.-Warsch.	5	39, B
Berlin-Hamburg	4	181,00 B
Berlin-Potsd.-Mg.	4	83,00 B
Berlin-Stettin	4	135,50 B
Böhm. Westbahn	5	85,30 B
Brest-Grajewo	5	42,90 B
Bresl.-Schw.-Frh.	4 1/2	93,60 B
Röln-Mind.	4 1/2	109,25 B